

Zwischen Skylla und Charybdis

Im Mittelpunkt stand die Diskussion um die Schulstruktur

Es ist ja noch kein ganzes Jahr her, dass unsere Vorsitzenden in ihr Amt gewählt worden sind. Umso mehr mag es so manche_n Delegierte_n überrascht haben, was in dieser kurzen Zeitspanne auf den Weg gebracht wurde. Bei den Rechenschaftsberichten konnte ich jeweils im Geiste Haken setzen, hatte wir doch eigentlich in dieser Zeitung über alles

berichtet und – dank moderner Technik – es auch genügend bebildert. Egal, ob die Fahrradtour gegen Arbeitsbelastung durch die Stadt, die Warnwestendemo, die Auseinandersetzungen im Tarifstreit des Öffentlichen Dienstes oder die der Musikpädagog_innen an der Jugendmusikschule - die hlz war immer dabei. Aber auch auf Feldern, auf

denen lange Zeit nicht viel gelernt werden konnte, lief es nicht zuletzt dank Fredrik Dehnerdts Engagement vielversprechend. Im Zusammenhang mit den vorherrschenden prekären Beschäftigungsverhältnissen an der Universität konnte Fredrik darauf verweisen, dass es der GEW erstmals gelungen sei, viele der umgangssprachlich unter

Fotos: hlz



Aktion schafft Reaktion - Unser 1. Kassenverwalter Jens Kastner präsentiert stolz den Mitgliederzuwachs

Kettenverträgen bekannten Einstellungen in Festeinstellungen umzuwandeln.

Dies alles spiegelt sich in Eintritten wider, so konnte unser auch neu in diesem Amt wirkende Kassenwart Jens Kastner berichten. Sei es im eben erwähnten Hochschulbereich oder bedeutsamer noch bei den Erzieher_innen, die Mitgliedszahlen konnten gesteigert werden. Dass dies nicht nur toll, sondern auch

notwendig ist, zeigt das weitere Ansteigen der Mitgliederzahl in der Betriebsgruppe der Ruheständler_innen. Das mag für die Struktur im Allgemeinen zwar nicht unproblematisch sein, zeugt aber – auf die Einzelne bezogen – von der tiefen Verbundenheit mit der GEW. Man weiß um deren emanzipatorischen Ziele, die man auch im so genannten Ruhestand unterstützen will. Vorbildlich also – auch für

die Nachkommenden!

Um das emanzipatorische Ziel einer von mehr Chancengleichheit geprägten Schulstruktur – konkret den Streit um G8/G9 – ging es in der nachmittäglichen Debatte. Als Impulsreferat gab Ilka Hoffmann, für den Hauptvorstand angereist und dort seit dem letzten Gewerkschaftstag für Schule zuständig, einen Überblick über den derzeitigen Stand – man könne ihn am bes-

Flickenteppich Schulstruktur

Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein führten 2008/ 2009 als letzte Bundesländer die verkürzte Gymnasialzeit ein. In einigen Bundesländern haben Schüler_innen mittlerweile aber die Wahl, ob sie ihr Abitur in acht oder in neun Jahren erreichen wollen. Zu allem quer steht der Vorschlag des GEW-Landesverbandes in Hamburg

	Einführung	Entwicklung
Baden-Württemberg	2004	Seit 2012: 44 Schulen, die das G9-Modell anbieten
Bayern	2004	2014: Antrag auf Volksbegehren eingereicht; Forderung: Wahlfreiheit zwischen G8/G9
Berlin	2006/2007	Flächendeckend G8
Brandenburg	2006	Flächendeckend G8
Bremen	2004/2005	Flächendeckend G8
Hamburg	2002/2003	2014: Volksinitiative, die eine Wahlfreiheit zwischen G8/G9 an Gymnasien fordert
Hessen	2005	2014: Änderung des Schulgesetzes geplant; Wahlfreiheit zwischen G8/G9
Mecklenburg-Vorpommern	2002	Flächendeckend G8
Niedersachsen	2004	Ab Sommer 2015: Wahlfreiheit zwischen G8/G9
Nordrhein-Westfalen	2005/2006	2011: Modellversuch mit 13 Gymnasien, die das G9-Modell wieder aufgenommen haben; Laufzeit 2011/12 bis 2023/24
Rheinland-Pfalz	2008/2009	Regelzeit: 12,5 Jahre; G8 wurde nur an einzelnen Ganztagsgymnasien eingeführt
Saarland	2001/2002	Flächendeckend G8
Sachsen	1949	Auch nach der Wiedervereinigung wurde am G8-Modell festgehalten
Sachsen-Anhalt	2003	Flächendeckend G8
Schleswig-Holstein	2008/2009	Ab 1. 8. 2014: Neues Schulgesetz – 11 Gymnasien bieten G9 an, 4 bieten die Wahlfreiheit zwischen G8/G9
Thüringen	1949	Auch nach der Wiedervereinigung wurde am G8-Modell festgehalten
GEW-Hamburg	ab 2015(?)	G8-G10 in einer flexiblen Oberstufe

Tabelle: hlz



Ilka Hoffmann vom Bundesvorstand der GEW kam nicht auf einem solchen, aber berichtete über den Flickenteppich Schulstruktur in Deutschland

ten als Flickenteppich charakterisieren – in den 16 Bundesländern.

Was die Hamburger Verhältnisse zur Schulstruktur betrifft, so lagen den Delegierten zwei Anträge vor, die in der Debatte zu einem zusammengefügt wurden. Der von der GEW in die Debatte gebrachte Vorschlag, den derzeitigen Konflikt zwischen G8/9 aufzulösen, in dem man, beginnend mit der Einrichtung einer gemeinsamen flexiblen Oberstufe, die zwischen zwei und vier Jahren dauern kann, das 2-Säulensystem obsolet macht, gewann den vollen Zuspruch der Delegierten.

Im Umgang mit der Volksinitiative ‚G9-Jetzt‘ taten sich die Delegierten dagegen schwer. Es war die Wahl zwischen Skylla und Charybdis. Zwar konnte die Fachgruppe Stadtteilschule sich mit ihrer ablehnenden Haltung gegenüber ‚G9-Jetzt‘ durchsetzen (sie fordert alle Mitglieder auf, diese abzulehnen), gleichzeitig wird damit aber nicht der



Ebenfalls frisch in den Landesvorstand gewählt – Carsten Arheim von der Grundschule Surenland

Widerspruch aufgelöst, dass mit dieser Entscheidung indirekt das 2-Säulenmodell am Leben erhalten wird. Ein Modell, das die GEW nach wie vor ablehnt; dies wird auch durch den Beschluss, die 2-Säulen zusammen zu legen, unterstrichen. Hinzu kam, dass der ebenfalls vorgetragenen Position einer am Kindeswohl ausgerichteten längeren Schulzeit inhaltlich nicht widersprochen wurde.

Weniger widersprüchlich war der Antrag der ‚jungen GEW‘, den bedarfsdeckenden Unterricht für Referendar_innen (die neuerdings ‚Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst‘ heißen) zu senken. Was nach einer Aufwertung klingt, bedeutet faktisch eine höhere Belastung. Die Anzahl derer, die das Referendariat als Hölle erleben, dürfte damit noch einmal gesteigert werden. Damit nicht genug: die hierdurch verringerte Besetzung von Vollzeitstellen führe zu ständigem Lehrer_innenwechsel, so Jan Bartels von der ‚jungen GEW‘ in seiner Antragsbegründung. Man forde-



Claudia Thiel (STS Blankenese) beglückwünscht von unserer 1. Vorsitzenden zur Wahl in den Landesvorstand

Fortsetzung S. 12

Einspruch

Liebe Mitglieder der GEW Hamburg,

ich habe bereits auf dem letzten Gewerkschaftstag der GEW gesagt, dass ich den Beschluss des Gewerkschaftstages („Die Vorlage der Initiative „G9-Jetzt-HH“ zur Wiedereinführung von G9 an Gymnasien geht auf Kosten der Arbeitsfähigkeit der Stadtteilschulen und wird von der GEW Hamburg abgelehnt. Die GEW wird ihre Mitglieder auffordern, die Initiative nicht zu unterstützen und bei einem eventuellen Volksentscheid gegen die Vorlage der Initiative zu stimmen.“) für zu kurz gegriffen und einen bildungspolitischen Fehler halte und möchte dies hier kurz begründen.

Ich selbst bin seit 20 Jahren Kollege an der Erich Kästner Schule, einer ehemaligen Gesamtschule, die leider zwangsweise in eine Stadtteilschule umgewandelt wurde. 'Leider' deswegen, weil sich die Arbeitsbedingungen aufgrund der mit der Umwandlung verbundenen Ressourcenkürzungen in einigen Bereichen deutlich verschlechtert haben und noch weiter verschlechtern, gerade in Hinblick auf die Arbeit der Inklusion, die an unserer Schule geleistet wird.

Weder die Stadtteilschule noch das G8 sind Errungenschaften der GEW und ich sehe keinen Grund, dass meine Gewerkschaft diese mit dem o.g. Beschluss so verteidigen muss. Wenn es einen Wunsch auf der gymnasialen Seite zur Wiedereinführung des G9 gibt, gehe ich zunächst einmal davon aus, dass dahinter eine echte Not der Eltern von Kindern steckt, die durch G8 massiv in ihrer Freizeit beschnitten werden, egal aus welchem politischen Lager heraus dies öffentlich gemacht wird. In einigen anderen GEW-Landesverbänden ist die Forderung nach der Wiedereinführung von G9 sogar offizielle GEW-Forderung. Damit muss man sich inhaltlich auseinandersetzen und kann dann durchaus zu unterschiedlichen Ergebnissen bzgl. der Bewertung der Kirsch-Initiative kommen, aber mit einem Verweis auf die Arbeitsfähigkeit von Stadtteilschulen sollte man sie bitte nicht ablehnen. Die Stadtteilschule krankt m.E. nicht an der Frage, ob es ein G8 oder ein G9 gibt, sondern an der in einigen Bereichen mangelhaften Organisation und Finanzierung seitens der Behörde.

Ganz konkret steckt hinter der o.g. Begründung des Beschlusses die Angst, dass den Oberstufen der Stadtteilschulen durch die Wiedereinführung von G9 Schüler_innen entzogen werden könnten. Tatsächlich haben wir aber zu Gesamt-



„Dieser Beschluss suggeriert, dass die GEW das 2-Säulen-Modell gutheißt.“

schulzeiten trotz G9 immer eine attraktive Oberstufe bieten können. Das Problem der Oberstufen der Stadtteilschulen ist vielmehr, dass jetzt viel mehr Stadtteilschulen als früher Gesamtschulen (von der Behörde so gewollt) oftmals viel zu kleine und dadurch unattraktive Oberstufen anbieten und dadurch eine Verzettelung stattfindet, bei der am Ende wahrscheinlich nach erheblichem Chaos doch wieder nur die bei Kurswahlen attraktiveren Oberstufen der größeren Stadtteilschulen überleben.

Wie gesagt, das hat alles nichts mit G8 oder G9 zu tun. Ganz im Gegenteil wäre es meiner Meinung nach wahrscheinlich sogar besser, wenn die Stadtteilschulen nicht gegen ein G8, sondern gegen ein G9 konkurrieren müssten. Dann würde die Stadtteilschule nämlich einen Teil ihres vorurteilsbasierten Makels verlieren, sie sei die Schule für die 'Doofen', die neun Jahre für das Abitur brauchen, und wer schlaue genug ist, der schafft es in acht Jahren am Gymnasium.

Und darüber hinaus suggeriert dieser Beschluss m.E. auch noch, dass die GEW das 2-Säulen-Modell gutheißt und sich ein Stück weiter von der Position 'Eine-Schule-für-Alle' und dem 'Modell des längeren gemeinsamen Lernens' wegbewegt.

Schade, eine Chance auf eine wirkliche Auseinandersetzung mit diesem wichtigen Thema wurde so wohl vergeben, aber zumindest Herr Rabe wird sich sicher freuen, dass die GEW hier hinter ihm steht.

Solidarische Grüße

BERNWARD KLAMT
Landesdelegierter Erich Kästner Schule



Jan Bartels beschreibt den 'highway to hell' der Referendar_innen

Fortsetzung von S. 10

re eine mindestens sechswöchige Eingangs- und Prüfungsphase. Der Antrag mündet in den Appell an alle GEW-Kolleg_innen, das Thema auf die Tagesordnungen der Lehrer_innen-Konferen-



Barbara Scholand: "Der jetzige Gesetzesentwurf zur Gleichstellung macht eine sinnvolle Gleichstellungsarbeit in der Praxis unmöglich".

zen zu setzen und entsprechende Protestnoten an den Senator zu senden.

Protest, so Barbara Scholand, sei ebenfalls im Zusammenhang mit der anstehenden Verabschiedung des Gleichstellungsgesetzes in der Hamburger Bürgerschaft gefordert. Der jetzige Entwurf mache nämlich für die Beschäftigten der BSB eine folgeschwere Ausnahme. Während in allen anderen Behörden für jeweils 1000 Beschäftigte ein_e Gleichstellungsbeauftragte_r vorgesehen sei, soll in der BSB mit ihren über 20 000 Beschäftigten nur eine (!) Stelle eingerichtet werden. Das, so Barbara, mache eine sinnvolle Gleichstellungsarbeit in der Praxis unmöglich. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Ohne Protest, aber mit der notwendigen Überzeugung konnte Hajo Luuk als Vorsitzender der Fachgruppe Handel einen Antrag einstimmig verabschieden lassen, mit dem die Zusammenlegung der noch separat existierenden Fachgruppen Handel und Gewerbe beschlossen wurde. Ein längst überfälliger Schritt, der einer gesellschaftlichen Entwicklung Rechnung trägt, in der die Unterschiede zwischen Angestellten und Arbeiter_innen, white or blue collar, wie es in der angelsächsischen soziologischen Terminologie heißt, längst der Vergangenheit angehören.

Als Aufforderung und als Fingerzeig verabschiedeten die Delegierten schließlich einen Antrag des Geschäftsführenden Ausschusses (GA), der beinhaltet, sich ab jetzt auf den Bürgerchaftswahlkampf im Frühjahr 2015 einzustimmen. Dazu werde die GEW eine Arbeitsgruppe mit Vertreter_innen aller Organisationsbereiche einrichten, zu der alle Mitglieder herzlich eingeladen seien.

Fazit: Unseren neuen Vorsitzenden ist es vortrefflich gelungen, die GEW in der Tradition einer auf die Aktivität der Mit-



Hajo Luuk: "Die Zusammenlegung der Fachgruppen Handel und Gewerbe ist ein längst überfälliger Schritt."



Wolfgang Brandt – zuletzt Vorstandsmitglied im GPR, blickt zurück auf 40 Jahre aktive Gewerkschaftsarbeit – zum Schuljahresende wechselt er in den Ruhestand

glieder gestützten kämpferischen Position weiterzuführen. Die auf diesem Gewerkschaftstag entwickelte Dramaturgie eines Wechsels zwischen Vortrag und Arbeits- bzw. Murnelgruppe, die die Beteiligten aktiv mit einbezieht, sollte weiter ausgebaut werden.

JOACHIM GEFFERS